

Sie wuchs mit dem Wissen auf, dass etwas falsch läuft, dass sich das Klima und ihre Zukunft verändern werden und sie nichts dagegen tun kann, sagt Gwendolyn Rautenberg. „Es ist frustrierend zu sehen, dass es bald zu spät sein könnte.“ Dann sah sie eine Rede von Greta Thunberg, die der heute 19-jährigen Abiturientin aus Brandenburg an der Havel aus der Seele sprach. Im Februar 2019 streikte sie das erste Mal mit Fridays for Future in Potsdam, anschließend baute sie eine Ortsgruppe in Brandenburg mit auf. „Das war befreiend. Endlich hatte ich das Gefühl, doch etwas Sinnvolles tun zu können.“

Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) hat für Fridays for Future „viel Sympathie“. Das Treffen mit Gwendolyn Rautenberg ist seine dritte Begegnung mit den Klimaschützerinnen und Klimaschützern und jedes Mal seien beide Seiten „an Wissen und Denkprozessen reicher“ auseinandergesprochen. Am Ende dieses Gesprächs lädt er Rautenberg ein, ihn zu einer Betriebsversammlung der LEAG zu begleiten: Er möchte sie von seinen Bemühungen überzeugen, den Beschäftigten der Kohleindustrie neue Arbeitsplätze schmackhaft zu machen.

**Klimaschutz und Wirtschaft werden häufig als Gegenpole wahrgenommen. Mit Blick auf Brandenburg und auf die Lausitz – wie sehen Sie das?**

**Gwendolyn Rautenberg:** In unserem jetzigen Wirtschaftssystem ist Klimaschutz ganz klar nicht vorgesehen. Wir müssen Ressourcen aufbrauchen und Menschen ausbeuten, um unseren Konsum und unsere Wirtschaft zu stützen. Das kann so nicht weitergehen. Die Frage ist: Wie schaffen wir es vielleicht doch, eine Wirtschaft aufzubauen, die unsere Umwelt schützt und mit der wir nachhaltig gut leben können?

**Jörg Steinbach:** Ich stimme Frau Rautenberg zu, dass wir unser wirtschaftliches System umbauen müssen. Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, zum Beispiel durch CO<sub>2</sub>-Preise. Aber ich sehe keinen Widerspruch zwischen Wirtschaft und Klimaschutz. In der Wirtschaft entstehen neue, nachhaltige Technologien und durch den Klimaschutz sogar mehr Arbeitsplätze als wir sie vorher hatten.

**Rautenberg:** Wir sind dafür aber schon sehr spät dran. Wir hätten mit dieser Transformation eigentlich schon vor 30 Jahren beginnen müssen. Und momentan geht ja alles genau in die entgegengesetzte Richtung. Wir haben uns gerade erst für weitere 18 Jahre der Kohle verpflichtet.

**Wir bewerten Sie die Arbeit der Kohlekommission und das Datum des Kohleausstiegs 2038?**

**Steinbach:** Ich war in der berühmten langen Nacht persönlich dabei und weiß, wie schwer das Ringen um diesen Kompromiss gewesen ist. Ich glaube, dass damals kein anderes Ergebnis möglich gewesen wäre als dieses. Ein Kompromiss ist dann ein guter Kompromiss, wenn er allen Seiten gleichermaßen weh tut. Und diese Schmerzen hat man jedem einzelnen ansehen können.

**Rautenberg:** Man kann in der Politik Kompromisse machen, man kann in der Wirtschaft Kompromisse machen. Wir können allerdings keine Kompromisse mit der Natur machen. Das funktioniert einfach nicht. Wir haben eine 66-prozentige Chance, dass wir das 1,5-Grad-Ziel einhalten. Aber mit dem was sich die Politik vorgenommen hat, werden wir das nicht schaffen. Das klingt nicht nach einem Kompromiss, es klingt nach einem Verlust.

**Wie kann die Wirtschaft nachhaltiger werden? Gibt es Unternehmen, denen das Klima wirklich am Herzen liegt oder muss es sich für sie auch finanziell lohnen? Siemens zum Beispiel ist in Australien in der Steinkohle-Branche involviert und forscht in Görlitz an Wasserstoff.**

**Steinbach:** Meine feste Überzeugung ist,



Jörg Steinbach (links), Brandenburgs Wirtschaftsminister, findet es schwierig, Menschen in der Lausitz davon zu überzeugen, dass ihre Region auch nach dem Kohleausstieg noch berufliche Perspektiven bietet. Gwendolyn Rautenberg (rechts) aus Brandenburg/Havel engagiert sich seit zwei Jahren bei Fridays for Future. Sie findet, dass Klimaschutz in unserem jetzigen Wirtschaftssystem zu wenig Platz hat.

Foto: Sören Stache/dpa, Holger Talinski



„Umweltaktivistin: In Brandenburg müssen Gesellschaft und Politik mehr aufeinander zugehen.“

den daher bereit sein müssen, für neue Jobs gegebenenfalls etwas weitere Strecken zurückzulegen. In den nächsten Jahren werden schon rund 1500 neue Arbeitsplätze in der Region entstehen, zum Beispiel im Bahnwerk in Cottbus oder bei der BASF in Schwarzheide.

Der langfristige Weg ist der Ausbau außeruniversitärer Forschung, zum Beispiel des „Power-to-X-Zentrums“ oder des „Kompetenzzentrums Klimaschutz in energieintensiven Industrien“ (KEI) in Cottbus, die einen klassischen Multiplikationseffekt haben werden. Man bekommt aber nur ganz schwer vermittelt, dass die Lausitz hier sehr gute Chancen hat. Die Menschen glauben an diese Arbeitsplätze erst, wenn sie sehen. Und sie sind wahnsinnig enttäuscht davon, dass schon so viele Versprechungen gemacht und nicht gehalten wurden.

**Rautenberg:** Dann wäre es doch jetzt wichtig, das Feld nicht der AfD zu überlassen, die das Vertrauen in die Politik noch mehr erschüttert, weil sie ihre Versprechen erst recht nicht einhält. Man sollte zu den Menschen hingehen und ihnen sagen: Wir sehen eure Probleme und wir kümmern uns darum.

**Michael Hanko, ein AfD-Politiker in Spremberg, sagte dem Tagesspiegel 2019, die SPD habe die Kohle als Erstes aufgegeben, indem sie bereit war, „auf den Klimawandelzug aufzuspringen“. Der Rechtsruck in der Lausitz ist wohl auch ein Zeichen dieser Schwierigkeit, den Strukturwandel richtig zu vermitteln, oder?**

**Steinbach:** Das nutzt die AfD wirklich in einer absolut schamlosen Art und Weise aus, indem sie auch bestimmte Dinge befeuert, die grober Unfug sind. Währenddessen bin ich regelmäßig auf den Betriebsversammlungen der Lausitz Energie AG (LEAG). Das sind keine einfachen Termine. Die Menschen dort beglücken mich teilweise wütend.

Die Menschen in der Lausitz, die seit Generationen in der Kohleindustrie arbeiten, für die das Teil ihrer Identität ist, sehen erst mal, dass wir ihnen das wegnehmen wollen. Wir haben sie noch nicht wirklich abgeholt und müssen noch viel mehr darüber aufklären, dass sie trotz des Ausstiegs aus der Braunkohle eine Perspektive haben.

**Herr Steinbach, Sie kommen eigentlich aus Berlin, Frau Rautenberg, Sie sind Brandenburgerin. Was bedeutet Ihnen dieses Bundesland?**

**Steinbach:** Es ist wirklich etwas völlig anderes, ob man in der Großstadt Berlin lebt oder in Cottbus, das von einem ganz anderen ländlichen Raum umgeben ist. Was eine gelungene Work-Life-Balance ausmacht, wie es heute so schön genannt wird, das habe ich in Brandenburg gelernt. Und: Brandenburg hat das Zeug dazu, als attraktiver Wirtschaftsstandort bundesweit ziemlich weit nach vorn zu rücken. Denn ich habe hier jede Menge anpackende Unternehmer und engagierte Belegschaften kennengelernt.

**Rautenberg:** Ich komme mit Fridays for Future ziemlich viel in Deutschland herum. Dabei ist mir aufgefallen, dass wir in Brandenburg, nicht nur was die Infrastruktur, sondern auch was die Gesellschaft angeht, unglaublich zurückliegen. Erstens sind wir viel schlechter angeschlossen an unsere Städte, auch an Berlin, was ein großes Problem ist, wenn man bedenkt, dass immer mehr Menschen aus Berlin das Bedürfnis haben, nach Brandenburg zu ziehen. Und zweitens habe ich das Gefühl, dass bei uns die Nähe zur Politik fehlt. In anderen Bundesländern können die Leute mit den Politikern im Rathaus diskutieren. Bei uns denkt niemand daran, dass Politiker einem zuhören könnten. Das ging mir früher auch so. Ich glaube, dass wir in Brandenburg einen anderen Umgangston in der Gesellschaft und in der Politik etablieren und mehr aufeinander zugehen müssen. Die Politik muss den Menschen dienen und nicht der Wirtschaft. Dann hätten wir in ein paar Jahren vielleicht schon ein ganz anderes, zukunftsfähigeres und weltoffeneres Brandenburg.

# Kohle, Klima, Kompromisse

**Serie** Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach sagt offen: „Wir haben die Menschen in der Industrie noch nicht abgeholt“. Gwendolyn Rautenberg von Fridays for Future fordert, schneller zu handeln und Brandenburg nicht der AfD zu überlassen. Wir haben beide zu einem Streitgespräch eingeladen.

Von Louisa Theresa Braun

dass wir in einigen Jahren ein völlig anderes Börsen-Bewertungssystem für Unternehmen haben, das Klimaschutz zum Beispiel anhand des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks einbezieht. Das wird den Wandel der Unternehmen heftig beschleunigen, denn an der Börse wollen sie letztlich alle bestehen. Für viele Unternehmen, die überlegen, sich in Brandenburg anzusiedeln, ist es aber auch jetzt schon eine wichtige Bedingung, dass sie grünen Strom aus erneuerbaren Energien beziehen können. Siemens hat noch kein wirklich grünes Image, aber ist auf dem Weg dorthin.

„Neue Jobs sollen schnell geschaffen werden, sie entstehen nur nicht direkt in Welzow oder Spremberg.“

**Rautenberg:** Bei Siemens' grünem Image ist ja der Haken, dass sie keinen grünen Wasserstoff machen, sondern blauen. Das heißt, sie stellen diesen Wasserstoff aus fossilen Energieträgern her. Das ist wegen klimaschädlicher Methanleckagen (Austreten des Treibhausgas Methan, Anm. d. Red.) extrem problematisch. Und das ist kein Klimaschutz.

**Steinbach:** Das ist richtig. Neben Grün und Blau gibt es aber auch noch Türkis, sprich Wasserstoff, der zwar aus Erdgas gewonnen wird, aber für den kein CO<sub>2</sub>

entsteht. Wir brauchen für bestimmte Prozesse – nehmen Sie zum Beispiel die Herstellung von Stahl – solche ungeheuren Mengen an Wasserstoff, die nicht aus Photovoltaik und Windenergieanlagen gewonnen werden können. Die wird es nur als türkischem Wasserstoff geben.

**2020 hat Fridays for Future beim Wuppertal Institut eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die untersucht, wie Deutschland seine Klimaziele noch erreichen kann. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass wir langfristig mit sehr viel weniger Energieverbrauch leben, die Menschen sich enorm einschränken, die Wirtschaft gegebenenfalls schrumpfen müsste. Was halten Sie davon?**

**Steinbach:** Fast alles, was bislang an Energieeffizienz gewonnen wurde, wurde durch stärkere industrielle Aktivitäten wieder kompensiert. Das heißt, wir müssen definitiv weniger verbrauchen. Aber schlussendlich muss ein Unternehmen auch Geld verdienen, weil es sonst nicht investieren kann, auch nicht in Klimaschutz und neue Technologien. Für mich ist die Studie aber keine Machbarkeitsstudie, denn der Begriff impliziert ja, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen garantieren, dass man die gesetzten Ziele erreicht. Und das wird allein durch die Umsetzung der Ideen dieser Studie nicht funktionieren.

**Rautenberg:** Die Studie soll ja ein Grundbaustein sein, um überhaupt eine Chance zu haben, das 1,5-Grad-Ziel zu errei-

chen. Um es wirklich zu erreichen, müssten wir die in dieser Studie vorgeschlagenen Maßnahmen auf jeden Fall umsetzen, aber auch noch deutlich mehr. Die Studie ist aus der Motivation heraus entstanden, dass uns von Fridays for Future immer gesagt wurde: Ihr fordert ziemlich viel. Aber die eigenen Ziele umzusetzen, ist nicht so leicht. Und mit der Studie wollten wir zeigen, dass unsere Forderungen machbar sind.

**Wenn wir aus der Kohle aussteigen: Was passiert mit den 8000 direkten und über 10.000 indirekten Arbeitsplätzen, die momentan in Brandenburg noch an der Kohleindustrie hängen?**

**Steinbach:** Die Arbeitsplätze fallen ja nicht auf einen Schlag weg. Bei vielen, die momentan noch in der Kohleindustrie tätig sind, ist ein direkter Übergang in die Rente möglich. Wir rechnen damit, dass für rund 6000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andere Industriearbeitsplätze gefunden werden müssen – und auch können. Meine Erwartung an die LEAG ist, dass sie neue Geschäftsfelder erschließt und damit auch neue Arbeitsplätze für zumindest etwa 4000 der verbleibenden Beschäftigten schafft. Die größere Herausforderung sind eigentlich die indirekten Arbeitsplätze.

Die kurzfristige Strategie ist, durch Ansiedlungen sofort neue Arbeitsplätze zu schaffen, allerdings wird das nicht direkt in Welzow oder in Spremberg zum Beispiel gelingen. Die Beschäftigten wer-